Beschluss Nr. 1

Zeit für einen Kurswechsel
Zukunftsorientierte Politik braucht Investitionen

Die Arbeit und das Engagement von Jugendverbänden, -organisationen und Freiwilligendiensten sind stark auf öffentliche Förderung angewiesen, da sie keine eigenen Gewinne erwirtschaften. Jugendverbandsarbeit leistet einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen und ist ein zentraler Lernort für Demokratie. Inwiefern Jugendverbandsarbeit flächendeckend und wirksam in Deutschland umgesetzt werden kann, hängt maßgeblich von der finanziellen Unterstützung des Staates ab. Hier ist vor allem der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend relevant.

In der Vergangenheit standen bereits Kürzungen im KJP zur Debatte und konnten nur durch Proteste verhindert werden. Angesichts der hohen, unter anderem inflationsbedingten Kostensteigerungen der letzten Jahre kommt aber bereits eine fehlende Mittelsteigerung für die Arbeit der Jugendverbände de facto einer Kürzung gleich. Zudem sind eine langfristige Planungssicherheit bei der Ausstattung des KJP für Jugendverbände und Investitionen in eine zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung von ländlichen Räumen unerlässlich.

Wir lehnen Einsparungen bei zentralen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wie der Kinder- und Jugendarbeit, Freiwilligendiensten, Demokratieförderung sowie politischer Bildung entschieden ab. Die Folgen der Corona-Pandemie haben Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene stark belastet. Hinzu kommen Unsicherheiten durch die Klimakrise, Kriege und mangelnde persönliche Perspektiven, die Einsamkeit, Depressionen und Hoffnungslosigkeit bei jungen Menschen verstärken.[1] Dies zeigt, wie dringend notwendig Angebote sind, die jungen Menschen Halt, Orientierung und Gemeinschaft bieten.

In diesem Kontext spielt die Jugendverbandsarbeit eine Schlüsselrolle. In Jugendverbänden knüpfen junge Menschen soziale Kontakte und lernen, Verantwortung zu übernehmen und aktiv an der Gesellschaft mitzuwirken. Die Jugendverbandsarbeit ist ein wichtiger Ort der Demokratiebildung in dem Kinder und Jugendliche bereits niederschwellig mit basisdemokratischen Strukturen in Berührung kommen und Entscheidungen partizipativ mitgestalten können. Diese Fähigkeiten sind entscheidend, um den Herausforderungen der heutigen Zeit zu begegnen. Angesichts der zunehmenden Belastungen junger Menschen sowie des Erstarkens rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte in der Gesellschaft und in den Parlamenten wäre es fatal, in diesem Bereich zu sparen.

Um die wertvolle Arbeit von Jugendverbandsarbeit nachhaltig zu sichern, fordern wir daher eine langfristige Verstetigung der KJP-Mittel mit einem eingebauten Inflationsausgleich, damit Verbände, Vereine und Projekte Planungssicherheit erhalten und nicht jedes Jahr aufs Neue um ihre Finanzierung bangen müssen.

Neben dem KJP leiden auch andere Bereiche die für junge Menschen von großer Bedeutung sind, seit Jahren unter mangelnden Investitionen. Wenn der Staat bei außerschulischen Bildungsangeboten, Begegnungsstätten und Unterstützungsangeboten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene spart beeinträchtigt dies ihre Lebenswirklichkeiten und auch ihr Vertrauen in die Politik. Für uns als KLJB stehen die Bedarfe junger Menschen in ländlichen Räumen und die nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung dieser im Fokus. Wir sehen dringender Investitionsbedarfe in den Bereichen Bildung, öffentlicher

[1] Mental Health Report: Immer mehr Menschen psychisch krank (Vergin, Julia). 2024. Auf : https://www.dw.com/de/mental-health-report-immer-mehr-menschen-psychisch-krank/a-68433961 (Stand: 13.02.2025).

Nahverkehr und ländliche Mobilität sowie im Fernverkehrsnetz (Verkehrsinfrastruktur) Ebenso sind öffentliche Kultur und Freizeiteinrichtungen wie Schwimmbäder, Kinos und Theater vielerorts von Schließungen bedroht und müssen stärker gefördert werden. Für uns ist eine verstärkte staatliche Unterstützung für Kinder und Jugendliche unerlässlich.

Auch beim Thema Ökologie sehen wir steigenden Investitionsbedarf. Ökologie ist eines der Schwerpunktthemen der KLJB. Als KLJB setzen wir uns für die Einhaltung der im Pariser Klimaabkommen festgelegten Klimaziele ein, zu denen sich auch Deutschland verpflichtet hat. Im Bereich des Umwelt- und Klimaschutz verhindern fehlende Investitionen wichtige Fortschritte hin zum festgeschriebenen Ziel der Klimaneutralität. Eine ausreichende Finanzierung für nationale und internationale Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategien ist zwingend erforderlich, um der aktuell größten globalen Herausforderung begegnen zu können. Um den Staatshaushalt zusätzlich zu entlasten und gleichzeitig den Klimaschutz voranzutreiben, fordern wir die Abschaffung der Steuerbefreiung von Kerosin sowie Flugbenzin und des Dienstwagenprivilegs.

Zur Finanzierung dieser dringend benötigten Investitionen fordern wir eine Reform der Schuldenbremse[2], damit investive Schulden in Bund und Ländern möglich sind.[3] Kreditaufnahmen, die sich, wie die oben aufgeführten, in der Zukunft auszahlen werden, sollten im Sinne junger Menschen und künftiger Generationen zugelassen werden. Wenn beispielsweise Kinderarmut durch Investitionen bekämpft wird, entstehen in der Zukunft weniger Folgekosten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und soziale Teilhabe.[4]

Wir wehren uns gegen Spardebatten, die auf Kosten junger Menschen oder benachteiligter Bürger*innen gehen! Wir beobachten mit großer Sorge, dass das reichste ein Prozent der Bevölkerung mehr als ein Drittel des Vermögens besitzt, während ein immer größerer Teil der Bevölkerung bei steigenden Preisen und Lebenshaltungskosten immer größere Probleme hat, seine Rechnungen zu bezahlen und kaum oder gar kein Vermögen besitzt.[5] Wer eine verantwortungsvolle Politik für gegenwärtige und künftige Generationen gestalten will, muss diese Ungleichheit angehen

Abstimmungsergebnis:

59	*Ja*
2	*Nein*
10	*Enthaltungen*

[2] Die sogenannte Schuldenbremse begrenzt Deutschlands Staatsverschuldung und legt gesetzlich fest, dass die strukturelle Neuverschuldung des Bundes dabei nicht mehr als 0,35 Prozent des nominellen Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen darf. Vgl.: Schuldenbremse (Schneider, Gerd und Toyka-Seid, Christiane). 2025. Auf: https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/321093/schuldenbremse/ (Stand: 13.02.2025).

[3] Gemeint sind hier Ausgaben im Kontext öffentlicher Haushalte, die primär in späteren Haushaltsjahren, d.h. längerfristig, einen Nutzen stiften sollen.

[4] Vgl.: Kosten (k)einer Kindergrundsicherung: Folgekosten von Kinderarmut (DIW Econ). 2023. https://diw-econ.de/publikationen/kosten-keiner-kindergrundsicherung-folgekosten-von-kinderarmut/ (Stand: 13.02.2025).

[5] Vgl.: Fünf reichste Familien besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung (Voigt, Carolin). 2023. Auf: https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/faktencheck-vermoegen-deutschland-ungleich-100.html (Stand: 13.02.2025).